

Protokoll

Workshop 1 Aus- und Weiterbildung EnergieSchweiz 2011 – 2020

1. Begrüssung, Methodik und Vorgehen Workshop (D. Brunner)

13:30

Ziel

Einholen von Einschätzungen bezüglich die Ziele, Schwerpunkte und die vorgeschlagenen Massnahmen. Die Inputs dienen unter anderem als Grundlage für die Weiterentwicklung des Detailkonzepts (S. 82 – 91).

Zudem soll das Fazit des Workshops als These in einem Satz für das Schlusspodium zusammengefasst werden.

2. Inputreferat zum Schwerpunkt (D. Brunner)

13:35

siehe Powerpoint: Art. 13 EnV bildet die gesetzliche Grundlage für Aus- und Weiterbildung von Bund und Kantonen. Die Leitlinien, Ziele und Massnahmen sind im Konzept „**energie-wissen.ch**“ sowie in der Schulungsaktion „Passerelle für Fachleute im Energiebereich“ im Rahmen des 3. Stabilisierungsprogramms festgelegt.

Das Programm „energiewissen.ch“ beinhaltet 12 prioritäre Handlungsfelder;

Stärken-Schwächen- und Chancen-Risiken-Analyse liegt vor.

Im Finanzplan von EnergieSchweiz nach 2010 ist rund 1/3 der Mittel für Aus- und Weiterbildung und Kommunikation vorgesehen.

3. Eintretensdebatte (D. Brunner, alle)

13:50

Voten:

- visionäre Ziele setzen in einem 10-Jahresprogramm
- grössere Schritte definieren
- „Education permanente“ im Bau anstreben
- Ausbildung/Weiterbildung versus Sensibilisierung
- Konkrete Beispiele in den Weiterbildungskursen sind wichtig
- Mehr Systemdenken bei den Fachleuten fördern
- Mehr Gesamtanierungen ins Zentrum der Angebote, Neubau ist „abgedeckt“
- Energie als Thema von der Grundschule bis Weiterbildung
- Entscheidungsfähige Bevölkerung (Stromlücke, Gebäudesanierung...)
- Fokus auf Sanierung
- Neutrale Berater, auch Handwerker, KMU als Berater in Energiefragen

- Anreize zur Ausbildung schaffen, Mehrwert definieren
- Kurswesen „einbetten“ (Fachpartner)
- Chance Bevölkerung entscheidungsfähig zu machen: Mit welchen Massnahmen?
- „Kompetente Auftraggeber / Bauherren“ holen sich eher Hilfe (Fachleute), wir können nicht die ganze Bevölkerung ausbilden. Argumente sollen stammtischfähig sein.
- 2000-Watt-Gesellschaft von Novatlantis wichtiges Projekt: Lebensmodelle aufzeigen
- Unterscheidung zwischen Neubau und Sanierung in der Weiterbildung
- Mehr Systemdenken bei den Fachleuten / Beratern schulen, aus praktischen Gründen (Finanzen) muss bei Sanierungen trotzdem in Etappen vorgegangen werden.
- Konkrete Beispiele in den Schulungen einbauen.
- Handwerker soll die Etappierung vorschlagen können aber den ganzen Sanierungsablauf kennen. Z.B. zuerst Hülle, dann Heizsystem usw.
- Braucht es mehr neutrale Energieberater oder Handwerker mit Zusatzkompetenz? Beides kombinieren. KMU als Berater, da diese bei Sanierungen oft auch die Rolle des Planers übernehmen.
- Nutzen die Eigentümer die Dienstleistungen der Energieberater?
- RAVEL war erfolgreich: Zielsetzung kam rüber, hoher Bekanntheitsgrad, Innovation, Anreiz war für Firmen da: neue Felder, Anreiz für die Kursbesucher: Anerkennung firmenintern, straffe, professionelle Organisation, didaktisch sehr gut und überwacht. (Hohe Kosten von Fr. 600.- bis 800.- pro Tag pro Person an öffentlichen Geldern) [Impulsprogramme RAVEL, PACER, IP Bau: Wissensvermittlung, heute noch Standardwerke, die Kurse sind einige Jahre nach Abschluss der Programm zusammengebrochen / es fand sich keine Trägerschaft in der Branche]
- Flankierende Massnahmen im neuen Programm? Mehrwert für den Kursteilnehmer?
- Straffe Organisation im neuen Programm fehlt.
- Art der Weiterbildung muss überlegt werden: Benutzung von neuen Medien: Interaktives Selbststudium. Neue Medien: Interaktive Lehrmittel prüfen? Bisherige Erfahrung spricht eher dagegen: „noble Zurückhaltung“
- Lernen übers Internet ist für grosse Teile der Zielgruppe (Bauleute) nicht passend. Internet als Plattform für Unterlagen ist gut. Internet als interaktives Selbststudium im Baubereich funktioniert kaum.
- 4 Mio. Fr. pro Jahr während zehn Jahren sind ein ansehnliches Budget: Programm bisher sehr inhalts- bzw. massnahmenorientiert, visionäre Ziele setzen z.B. „2020 Education permanente“ im Bauwesen ist eingepflanzt. (bei Minergie Fachpartner-

schaft schon so umgesetzt, Weiterbildung ein Muss, damit der Fachpartner-Status erhalten bleibt.)

- Der Kursteilnehmer sollen nicht nur einen Kurs absolvieren und ein bisschen gescheiter sein. Ein gewisser Status muss mit der Ausbildung erworben oder erhalten werden.
- Chance mit Kursen ordnend und aufwertend zu wirken.

4. Moderierte Diskussion zu den Grundsatzfragen (D. Brunner, alle)

14:35

Fachleute Gebäudebereich (Massnahmen 1,2,3):

Voten zu Zielen und Massnahmen:

- Energie und ökonomische Weiterbildung (Planer braucht neben „Energiewissen“ auch mehr Kompetenz über ökonomische Aspekte), „Energie pur“ will niemand!
- Kommunikationskompetenz für die Zielgruppen 1,2,3 fördern (Internet als Instrument)
- Kompetenzen verknüpfen – mehr Systemdenken fördern
- Modernisierung – Erneuerung – Sanierung als Hauptthemen
- Hilfreiche Homepage: energiefranken.ch (nur Deutschschweiz)

Bauherren/Investoren/Betreiber (Massnahmen 4,5):

Ziele: Zielgruppe beschränken auf Personen, die das Wissen beruflich nutzen. Kurswesen nicht für Eigentümer konzipieren, die einmal im Leben ein Haus bauen.

Bauherren und Investoren sind Entscheidungsträger. Diese Zielgruppe besser sensibilisieren aber mit Kampagnen.

Massnahmen: Die ökonomische Betrachtung der Liegenschaft fehlt in den meisten Angeboten, muss in den Wissensvermittlungsprozess eingeplant werden.

Gut strukturiert sind Organisationen wie SVIT und HEV. Weiter punktuell unterstützen

Akteure:

Kleineigentümer und professionelle Hauswarte

SVIT und HEV

Industrie, Gewerbe, Dienstleistung Geräte, auch Handel (Massnahme 6)

Ziele: Zusammenarbeit und Weiterbildungsangeboten grösseres Gewicht geben

Die Zielgruppe muss im Elektrizitätsbereich wie im Baubereich besser segmentiert werden für die Weiterbildung, die momentane Zielgruppe ist sehr inhomogen.

Massnahmen: Fokusverschiebung, nicht nur Verkaufspersonal schulen, sondern vor allem Einkäufer

Generell mehr Gewicht geben

Akteure: auch Handel

Verband Swiss Retail Federation in Zusammenarbeit integrieren

Hersteller auch einbinden, die Reklamationen gehen an den Hersteller

Berufsbildung (Massnahme 8)

Ziele: den Berufsschullehrern gute Lerneinheiten / Unterlagen anbieten,

in Allgemeinbildung Energiethemen einbauen (neue Medien: „Gamer-Generation“)

Massnahmen: Angebot: Lerneinheiten aufarbeiten helfen (Verbände wie SWICO usw. als Partner einbinden)

Lehrpersonen der Volksschule (Massnahme 7)

Ziele: nicht direkt in die Schule (Hoheit der EDK),

Lebensmodelle der 2000-Watt-Gesellschaft einbeziehen

Massnahmen: Via Dienstleistungen (z.B. Plattform) direkt in die Schulen gelangen.

Mit Kommunikationsmassnahmen in die Schulen hinein.

Die Infos via die etablierten, bekannten Kanäle der Organisationen einbringen, z.B. Lehrer über LCH und PH's

Akteure: Über PH und über Lehrer-Weiterbildungen an die Zielgruppe ran.

Information von Fachleuten (Massnahme 9)

In Ordnung wie vorgeschlagen, keine ergänzenden Stellungnahmen.

5. Schlussfolgerungen (D. Brunner)

15:15

Mehr Bildung zum Systemdenker! & visionärere Ziele, grössere Schritte:

„Spezifische Weiterbildung in Energiefragen ist gut, muss aber mit anderen Kompetenzen wie ökonomisches Wissen kombiniert werden.“

11.3.2010 Nadja Keiser

eCH 2011 – 2020 Konzeptkonferenz 09.03.2010

Protokoll Workshop 2 Elektrogeräte / Beleuchtung

Datum:	09. März 2010
Ort:	Kursaal Bern
Zeit:	13:30 Uhr – 15:30 Uhr
Vorsitz:	Felix Frey, BFE
Protokoll:	Andreas Mörikofer, BFE
Anwesend:	Heinz Beer, eae / swico Rudolf Bolliger, FEA / eae Stefan Gasser, S.A.F.E Thomas Heldstab, hematik Medard Heynen, Pro Kilowatt Andrea Paoli, Energiefachstelle TG + SH Giuse Togni, S.A.F.E Gabriela Winkler, Energyday / Winkler Komm. Roland Wittwer, BKW FMB Energie AG Pieter-Jan Witzig, Eichenberger Beratung & Unterst.
Entschuldigt:	
Zur Kenntnis:	

Traktanden

1. Eintretensdebatte

Gesamthaft wird das Konzept positiv beurteilt, insbesondere auch, dass die Elektrizität eine höhere Bedeutung erhält (auch im Rahmen von Querschnittsaufgabe, z.B. im Gebäudesektor) und auch, dass ein höheres Budget vorgesehen ist.

Relativiert werden Aussagen im Bericht bezüglich Potentiale: Bei Haushaltgeräten besteht nicht mehr ein riesiges Potential. Andererseits gibt es in einzelnen Segmenten und bei spezifischen Anwendungen noch sehr grosse Potentiale: z.B. Motoren im Segment Lüftung (bei Abzugshauben gibt es noch keine Vorschriften, in der EU in Vorbereitung), Beleuchtung (mit LED-Technologie in speziellen Fällen bis 50% Einsparung gegenüber bereits guter Technik).

Anstrengungen in der EU sind zu beachten:

- EU mit neuem Schwerpunkt bei gewerblichen Anwendungen (Chance für Maschinenbau)

- Freier Warenverkehr darf nicht behindert werden, Massnahmen müssen harmonisiert werden.

2. Ziele richtig gesetzt?

+/- sind die Ziele richtig gesetzt: Der Stromverbrauch im Betriebszustand wird immer gewichtiger, andererseits gibt es noch viele Anwendungen mit Betrieb „ohne Nutzung“.

Wünschenswert wäre, die Zielerreichung punktuell besser messen zu können.

Das Bewusstsein für den Stromverbrauch sollte gestärkt werden (Visualisierung als Thema?). Da aber Verhaltensänderungen ohne direkten Nutzen bei den heutigen (tiefen) Strompreisen schwer zu erreichen sind (Stromkostenverringerung durch Verhalten +/- Fr. 70.-), muss der Weg wohl über Vorschriften führen.

In der Kommunikation ist der Information der Kunden am Verkaufspunkt Beachtung zu schenken (Schulung Handel mit Schwerpunkt Verkauf). Insbesondere bei der Beleuchtung muss zwischen privater Nutzung und Zweckbau unterschieden werden.

3. Gewichtung Schwerpunkte/Massnahmen?

Für eine bessere Beurteilung der Gewichte sollten die Schwerpunkte Marktzahlen und Potentiale gegenübergestellt werden. Die Bedeutung der IKT und der Unterhaltungselektronik für die Steigerung des Stromverbrauchs ist schwer zu erfassen (Haushaltgeräte ca. 10%, Unterhaltungselektronik ca. 1.5% des CH-Stromverbrauchs).

Die Zentralisierung der Information (Kompetenzzentrum) erhält mit dem neuen Ansatz der Projektorientierung grössere Bedeutung; sie sollte allenfalls als separater Schwerpunkt aufgenommen werden.

Die Bedeutung der Ressourceneffizienz ist höher zu gewichten (Beispiel jedes Gerät mit spezifischem Netzgeräte vs. Universalgerät).

4. Ergänzung Massnahmen, neue Ansätze?

- Ressourceneffizienz, siehe 3.
- Visualisierung Stromverbrauch
- Netzwerk-interner Informationsaustausch im Bereich Geräte verstärken (internationale Aktivitäten, Projekte Partner) in Form von schriftlichem Informationsaustausch (Newsletter?) sowie themenspezifischen Zusammenkünften in Ergänzung zur Bereichskonferenz.

5. Priorisierung Massnahmen

Siehe Gewichtung; Priorisierung muss aufgrund einer Potentialanalyse gemacht werden.

6. Systemgedanken enthalten?

Wichtig im Systemgedanken sind Life Cycle Cost-Betrachtungen. Idee: Einsatz effizienter Technologie verbinden mit Contracting-Angeboten (EVU?).

Im Systemgedanken muss auch das Verhalten Platz finden. P.M. Mehr als 60% der Nutzer sind Mieter >> Zielgruppe Eigentümer muss stärker eingebunden werden.

7. Einbezug zusätzlicher Beeinflusser?

- Hauseigentümer
- Fachverband Leuchtenhersteller
- Projektbezogene Partnerschaften (u. a. Schulung Verkaufspersonal)
- Elektroinstallateure (VSEI, EEV)
- Sanitärinstallateure
- Online-Anbieter

8. Zusammenfassung/Schlussbemerkungen

- Ziele sind grundsätzlich richtig gesetzt – das Bewusstsein über den Stromverbrauch muss gestärkt werden. Die Lebenszykluskosten sind verstärkt zu kommunizieren.
- Ergänzende/neue Ansätze sind
 - o Visualisierung Stromverbrauch
 - o Informationsplattform (Kompetenzzentrum)
- Neue Beeinflusser müssen einbezogen werden.
- Instrumente zur Zielerreichung sollten besser aufeinander abgestimmt werden (*1)
- Informationsaustausch Netzwerk über Bereichskonferenz hinaus.

(*1) Exkurs G. Togni: in Zusammenhang mit der neu als Label eingesetzten Top10-Auszeichnung sollte eine Evaluation der verschiedenen Labels (Energieetikette, EnergyStar, Top10) gemacht und eine saubere Abgrenzung gemacht werden.

Dies war jedoch ein Einzelvotum zum Schluss, das vor allem auch Kopfschütteln auslöste.

Protokoll Workshop 3

Themenschwerpunkt Industrie und Dienstleistungen

Konzeptkonferenz eCH 2011-2020 vom 9. März 2010

1) Rahmenbedingungen

1.1 Ziel

Einholen von Einschätzungen bezüglich Schwerpunktsetzung und der vorgeschlagenen Massnahmen. Die Inputs dienen unter anderem als Grundlage für die Weiterentwicklung des Detailkonzepts.

1.2 Grundlagen

Den Teilnehmern steht der Entwurf des Detailkonzepts zur Verfügung.

Weiter erhalten die Teilnehmer vorgängig eine Einladung mit der Aufforderung speziell die sie betreffenden Teile entsprechend den Workshops zu studieren. Sie werden auch aufgefordert, sich Gedanken zu den Grundsatzfragen zu machen (Ziele, Massnahmen, Partner).

1.3 Teilnehmer

Joël Fournier (Kantonale Fachstelle Energie+Wasserkraft, Kanton VS)

Michel Frey (Kantonale Fachstelle Energie, Kanton JU)

Armin Eberle (Geschäftsführer EnAW)

Beat Kobel (eCH für Infrastrukturanlagen)

Markus Dredge (Energiebeauftragter MIGROS)

Bruno Spring (BKW, Bereich Energieeffizienz für Geschäftskunden)

Jürg Kärli (energiecluster)

Andreas Scheidegger (Leitung Workshop, BFE, Sektion EZ)

Sandra Guthmann (BFE, Sektion EZ)

Simone Hegner (BFE, Sektion EZ, Protokoll)

1.4 Ablauf

- Begrüssung, Methodik und Vorgehen Workshop
- Inputreferat zum Themenschwerpunkt Industrie und Dienstleistungen
- Moderierte Diskussion zu den Grundsatzfragen
- Schlussfolgerungen

2) Inputreferat zum Themenschwerpunkt Industrie und Dienstleistungen

In einem kurzen Inputreferat werden die wesentlichen Aussagen aus dem Entwurf des Detailkonzepts (Stand 9. März 2010) zum Themenschwerpunkt Industrie und Dienstleistungen (Seiten 46 bis 49) nochmals vorgestellt.

3) Moderierte Diskussion zu den Grundsatzfragen

3.1 Diskussion zum Thema bereichsspezifische Ziele

Quantifizierung der Ziele

Von einem Teilnehmer wird festgestellt, dass die Ziele nicht quantifiziert sind, sondern nur eine Richtung vorgeben. Eine Quantifizierung der Ziele im Bereich Industrie und Dienstleistungen würde evt. die Findung von konkreten Massnahmen erleichtern.

Erweiterung bezüglich Zielgrössen und Zielgruppen

Es wird von mehreren Teilnehmern angeregt, dass die Zielsetzung bezüglich Akteure (stärkerer Einbezug von EVU) und Zielgrössen erweitert werden soll (Einbezug der Energiebereitstellungskette, nicht nur Fokussierung auf Nutzenergie).

3.2 Diskussion zum Thema bereichsspezifische Massnahmen

Gliederung der Massnahmen

Generell wird festgestellt, dass die Massnahmen im Detailkonzept noch eher unübersichtlich und nicht gegliedert (z. B. nach Unternehmensgruppen) sind. Zudem wird angemerkt, dass sich die Massnahmen auch im Detaillierungsgrad nicht auf derselben Stufe befinden. So könnte ein Grossteil der Massnahmen alle in die Zielvereinbarungen verpackt werden.

Zielpublikum der Massnahmen

Es wird empfohlen, dass bei der Planung der Massnahmen ganz klar festgelegt wird, welches Zielpublikum eine bestimmte Massnahme ansprechen soll.

EVU als Zielgruppe

Es wird von mehreren Teilnehmern gewünscht, dass auch für die EVU konkrete Massnahmen vorgesehen werden. Vorschläge für solche Massnahmen sind:

- Entwicklung von Zielvereinbarungen für EVU
- Entwicklung von Benchmarks für EVU (zur Erzeugung einer bestimmten Menge Nutzenergie darf nur eine bestimmte Menge Primärenergie eingesetzt werden)

- Empfehlungen für EVU entwickeln, für welche Zwecke welche Energieträger eingesetzt werden sollen (z. B. soll Erdgas vor allem in BHKWs und WKKs eingesetzt werden)

Abstimmung der Massnahmen mit Angeboten der EVU

Umgekehrt wird es in Zukunft wichtig sein, die Massnahmen im Rahmen von EnergieSchweiz besser mit den Angeboten von EVU für Unternehmen im Bereich der Energieeffizienz abzustimmen. Einige EVU möchten in naher Zukunft mehr Effizienzdienstleistungen für bestimmte Unternehmensbranchen anbieten. Es wird angeregt, dass in diesem Bereich EnergieSchweiz auch eine „Brückenschlag-Funktion“ einnehmen könnte in dem Sinn, dass EnergieSchweiz den Unternehmen den Zugang zu Effizienzdienstleistungen und weiteren Contracting-Angeboten von EVU erleichtert (z. B. durch Anschubfinanzierung von Energiedienstleistungen von EVU an Unternehmen).

Bedeutung von Energie-Management-Systemen in Unternehmen

Es wird von mehreren Teilnehmern festgestellt, dass eine Zielvereinbarung oder allgemein ein Energie-Management-System in einem Unternehmen wesentliches dazu beitragen kann, damit Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz einen stärkeren Rückhalt in der Geschäftsleitung eines Unternehmens bekommen. In dem Sinne werden Energie-Management-Systeme als zielführende Massnahmen betrachtet, um dem Thema Energieeffizienz in einem Unternehmen ein höheres Gewicht beizumessen. Das Energie-Management-System müsste einfach implementierbar sein und zudem soll dessen Publikationsmöglichkeit das Ansehen des Unternehmens bei Kunden verbessern (Imageförderung). Ein solches System würde die Energie-Einsparung zur Managersache machen und somit mehr Gewicht im Geschäftsalltag erhalten.

Anreize für freiwillige Zielvereinbarungen

Die rein freiwilligen Zielvereinbarungen sind gemäss mehreren Teilnehmern zu wenig attraktiv. Die Einhaltung des Grossverbraucher-Artikels, der Erhalt eines Effizienzbonus oder die Aussicht auf Verkauf von Übererfüllungen an die Stiftung Klimarappen stellen im bestehenden System notwendige Anreize zum Abschluss einer freiwilligen Zielvereinbarung dar. Von den Teilnehmern wird festgestellt, dass für die meisten Unternehmen, die Möglichkeit zur Befreiung von der CO₂-Abgabe, der Hauptanreiz zum Abschluss einer Zielvereinbarung darstellt. Falls die freiwilligen Zielvereinbarungen als Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bei den Unternehmen künftig eingesetzt werden sollen, wäre es wichtig, dass für die Unternehmen neben dem Aspekt, dass sie mit der freiwilligen Zielvereinbarung ein Energie-Management-System im Unternehmen etablieren können, zusätzliche Anreize bestünden.

Fonds für Unternehmen als Massnahme

Die Etablierung eines Fonds zur unterstützenden Finanzierung von Energieeffizienzmassnahmen in Unternehmen wird allgemein als sinnvoll betrachtet. Es können Investiti-

onshemmnisse abgebaut werden. Möglicherweise gleich eine Kopplung zwischen Beratungs- und Kreditwesen. Die Kreditnehmer werden beraten, wo sie das Geld am besten investieren.

Branchenspezifische Leitfaden und Weiterbildungen als Massnahmen

Die bereits im Rahmen von EnergieSchweiz erarbeiteten branchenspezifischen Leitfaden (z. B. zum Thema Massnahmen im Druckluftbereich) werden als hilfreiche Instrumente betrachtet. Es wird gewünscht, dass weiterhin solche Leitfaden erarbeitet werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die Leitfaden sich direkt an die jeweiligen Fachleute in den Unternehmen richten und entsprechend konkrete direkt umsetzbare Massnahmen enthalten. Mögliche Themen für künftige Leitfaden wären Motoren, Beleuchtung oder Kälte. Auch das Anbieten oder Fördern von Weiterbildungskursen im Bereich Betriebsoptimierung durch EnergieSchweiz werden als sinnvolle Massnahmen betrachtet. Die fachspezifische Verteilung der Leitfaden kann via EnAW, EnergieSchweiz oder in entsprechenden Lehrgängen stattfinden.

Bildung

Bei Neuinvestitionen ist die Beratung durch den Verkäufer entscheidend. Bei entsprechender Ausbildung dieses Bereiches, könnten Entscheide der Käufer massgeblich beeinflusst werden.

Coaching

Es wird erwähnt, dass viele Unternehmen (v.a. KMUs) Energie sparen möchten, doch nicht wissen, wo sie beginnen sollen. Es wird gewünscht, dass für dieses Zielpublikum spezifische Hilfestellungen angeboten werden.

3.3 Diskussion zum Thema bereichsspezifische involvierte Akteure

EVU als wichtige Zielgruppe

Es wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die EVU verstärkt als Akteure in der Massnahmenplanung für den Themenschwerpunkt Industrie und Dienstleistungen berücksichtigt werden sollen.

Unternehmen ohne ZV als wichtige Zielgruppe

Zahlreiche Teilnehmer betrachten es als sehr wichtig, dass auch Unternehmen, die bis heute nicht in Zielvereinbarungen eingebunden sind, verstärkt mit den Massnahmen von EnergieSchweiz erreicht werden könnten.

4) Schlussfolgerungen

Untenstehend sind die Schlussfolgerungen zu den themenschwerpunktsspezifischen Zielen, Massnahmen und Akteuren in Kurzform zusammengefasst:

- Ziele im Themenbereich Industrie und Dienstleistungen: Ziele evt. quantifizieren, EVU als zusätzliche wichtige Akteurgruppe und Berücksichtigung der Energiebereitstellungskette für die Zielformulierung berücksichtigen
- Massnahmen im Themenbereich Industrie und Dienstleistungen: Massnahmen noch optimaler an Zielgruppen anpassen, Massnahmen im Detailkonzept noch auf gleiche Ebene bringen und übersichtlicher gliedern, Massnahmen unter Berücksichtigung der neuen Akteurgruppe EVU evt. noch anpassen, Branchenspezifische Leitfaden, Energiemanagement-Systeme und Weiterbildung für Fachleute im Unternehmen als wichtige Massnahmen
- Akteure im Themenbereich Industrie und Dienstleistungen: EVU sowie Unternehmen ohne Zielvereinbarungen bei der Planung von Massnahmen als wichtige Akteurgruppen mitberücksichtigen. Verstärkt auch auf KMU setzen.

Workshop 4 Erneuerbare Energien

an der Konzeptkonferenz von EnergieSchweiz 2011 - 2020 vom 9.03.10

Stichwortprotokoll der Teilnehmenden zum Detailkonzept ECH 2011-2020, Kapitel 9 Erneuerbare Energien

Eintretensvoten:

- Die Positionierung des Programms macht Sinn. Die Umsetzung scheint aber unklar: wann und wo kann wer Ideen einspeisen?
- In boomenden Markt ist QS in der dargestellten Breite tatsächlich von zentraler Bedeutung und kann nicht den Herstellern überlassen werden. Wer aber übernimmt Lead bei der QS?
- QS von Komponenten ist wichtig, Einbindung ins Gesamtsystem z.B. Gebäude aber ebenso (gute Integration von zentraler Bedeutung bzw. gesamtheitliche QS).
- Tools alleine reichen aber nicht; Weiterbildung alleine reicht ebenfalls nicht – man muss auch über Sanktionen nachdenken.
- Ein Führungsinstrument über alle EE ist nötig, damit Vollversorgung mit EE möglich wird: Koordination der Anstrengungen ist wichtig. z.B. Kt. TG: Holzheizkraftwerk ist am Standort geplant, der für Geothermie geeignet ist. Hier wäre eine Koordination nötig, denn die Holzenergie ist bezüglich Standort eher flexibler. Oder z.B. nicht auf Biegen und Brechen grosse Holzheiz-KW mit schlechten Gesamtwirkungsgraden – evtl. eher kleinere dezentrale Anlagen mit hohem Wirkungsgrad. Das braucht Steuerung. Ein entsprechendes Führungsinstrument ist aber nicht explizit beschrieben.
- Problemanalyse als Voraussetzung für differenzierte Massnahmen fehlt: warum werden Projekte trotz Fördermassnahmen nicht umgesetzt (Raumplanerische Fragen, Standorte – wo darf man Kraftwerke bauen (Wind, Wasser, Holz)); reichen die Mittel von rund 4 Mio. CHF zur sinnvollen „Lenkung“ bzw. QS der rund 300 Mio. CHF aus der KEV; angesichts des schmalen Budgets drängt sich eine Priorisierung auf.
- Grundsätzliches Unbehagen betreffend Mittelreduktion bei den EE: Vorsicht, dass wir uns nicht unmögliche Aufgaben stellen; reichen die wenigen Mittel, die grossen Herausforderungen im Bereich EE zu bewältigen? (*Schärer: wichtiger werden auch Drittfinanzierungen; zuerst muss aber ein verkäufliches Produkt vorhanden sein. Für Aus- und Weiterbildung: es besteht die Hoffnung, dass wir für EE auch bei A+W Mittel holen können*)
- Erfahrung zeigt: direkte Förderung alleine reicht nicht; es braucht begleitende Massnahmen (indirekte).
- Kantone dürfen Fördermittel nicht für indirekte Massnahmen einsetzen; (*Schärer: aber die eigenen*).
- In der Zielsetzung fehlt die Berücksichtigung regional unterschiedlicher Rahmenbedingungen.

- Wo fängt bei der Biomasse die QS an (Bsp. Holz-Pellets: Trocknung, Transport etc.)? Da muss noch genau definiert werden, ob z.B. die LCA Grundlage ist.
- Könnte ein Teil der QS-Massnahmen mit Fördergeldern gedeckt werden?
- Wenn Kantone die Förderbeiträge an die Bedingung von QS-Instrumenten knüpfen, werden Beiträge der Wirtschaft mobilisiert.
- Mindestanforderungen an Förderungen sind in den Kantonen etabliert; der Vollzug ist aber sehr wichtig – Stichprobenkontrollen zeigen Mängel auf (80%), obwohl alles schön deklariert ist; diese Kontrollen/der Vollzug ist auch Ressourcenintensiv – Kantone sind hier an der Grenze.
- Labels sind vorhanden; Problematik liegt wirklich beim Vollzug; es ist ein Controlling nötig – kann aber wohl nur auf Stichproben basieren.
- Swissolar hat eine Ombudsstelle: Solarprofis sind verpflichtet, mit dieser Stelle zusammen zu arbeiten; evtl. Lösung auch für andere EE sinnvoll?
- Systemgedanken muss auch vom Planer/Installateur etc. getragen werden; diese sind aber oft überfordert; gute Produkte reichen nicht – Kompetenzen der Mittler an der Front entscheidend.
- Es wird wieder auf freiwillige Ökostromschiene gesetzt; besser wäre die KEV zu optimieren. (*Erklärung Schärer: Konzept will „Sowohl als auch“*).
- Eine Forderung des Programms: kein Stop and Go – gleichzeitig soll aber projektweise und zeitlich begrenzt ausgeschrieben werden -> dies ist ein Widerspruch und schwächt die bestehenden Strukturen - auch gut eingeführte Labels der bisherigen Partner. (*Schärer: wir können uns geschickt definierte Projektbündel vorstellen*).
- Raumplanung kommt zu wenig zur Sprache; ist verklausuliert, aber leider nicht explizit in den QS-Massnahmen enthalten (relevant insbesondere für Wind und Wasser). Programm muss mit Umweltorganisationen besser zusammenarbeiten: lange waren EE marginal – erst mit zunehmender Bedeutung werden nun Konflikte mit Umweltschutz auch wichtiger.
- Kürzliche Umfrage bei unterstützten Projekten (Kleinwasserkraft) hat ergeben: 20% realisiert, 20% abgebrochen, 10% nicht bekannt; 50% in einer Zwischenphase; für diese Projekte könnte die KEV noch höher sein und sie würden trotzdem nicht umgesetzt; hier könnte eCH helfen, Hindernisse abzubauen (Fischerei, Umweltverbände, Bewilligung etc.)
(*Schärer: Motion im SR: Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für EE*)

Voten zur Zielsetzung:

- In einzelnen Projekten sind durchaus quantitative Ziele möglich (z.B. bis 2015 zusätzlich 250 Installateure ausgebildet)
- In den Zielen immer wieder den Link zur 2000W-Gesellschaft machen; Zielsetzung auf den Beitrag am Gesamtenergieverbrauch beziehen (besser als auf den Zuwachs – sonst immer in Konkurrenz zu Effizienzmassnahmen; hier wird ja schon viel gemacht)

- Das Programm muss dem Parlament schmackhaft gemacht werden; dies wird schwierig werden; grössere Chancen, wenn quantifizierte Ziele festgelegt werden – immer unter Verweis auf die Potenziale der EE.
- Ziele müssen messbar sein; es braucht eine Übersicht; gemeinsame Betrachtung der EE nötig.
- Primärenergieeinsatz quantifizieren und Messlatte höher setzen; Effizienzsteigerung muss angestrebt werden; Ziel von x WP bis zum Jahr y ist nicht ausreichend.
- Der angegebene Zubau beim Strom von 1000 GWh ist zu überprüfen (ist das ohne KWKW?)

Vorgeschlagene Massnahmen – geeignet um Ziele zu erreichen?

- Kontinuität bei A+W, Info und Beratung sehr wichtig; Netzwerke sind dafür bekannt; kurzfristige bzw. einjährige Projekte in diesem Bereich sind nicht sinnvoll; für Vertrauensbildung/Sensibilisierung längerfristige Engagements wichtig.
(Geissmann: es gibt Massnahmen mit verschiedenen Laufzeiten; Info+Beratung sind sicher Massnahmen mit längerem Horizont.)
- Mehrheit der Massnahmen zielen immer noch darauf ab, einzelne Technologien zu fördern; Umfassende Betrachtung wäre nötig; es fehlen konkrete Massnahmen zur übergeordneten Planung z.B. Energierichtpläne, Sachplan Energie; (Schärer: oder Grundlagen zur Planung?)
- Umfassende, unabhängige Information soll angeboten werden (guichet unique); für die EE kommen aber sehr differenzierte Fragen: Die Leute informieren sich vorab per Internet und gelangen erst dann zu sehr spezifischen Anfragen; wenn die Leute beim guichet unique landen, kommen sie rasch zu den Netzwerken; schwierig wie die Triage beim guichet objektiv gemacht werden sollte; dieser Umweg ist bei den EE nicht mehr nötig.
- Übergeordnetes Dach ist weniger wichtig; heutige Anfragen sind oft sehr spezifisch; oftmals müssen wir sogar Abklärungen treffen, Berechnungen ausführen; Infostellen müssen bei Netzwerken sein;
- Wenn schon niederschwelliges Wissen, ist es gefragt mit regionaler Kenntnis; regionale Anlaufstellen müssen bekannt sein, damit eine effiziente Weitervermittlung möglich ist.
- Guichet unique: wer leitet wen warum wohin?
- Mit den vorgesehenen Mitteln können heutige Infostellen nicht mehr aufrecht erhalten werden; diese Aufgabe müsste an Kantone weiterdelegiert werden.
- Evtl. Synergien mit GEAK nutzen?
- IT-mässige Erfassung der Anfragen bzw. Massnahmen; dies erleichtert die Weiterbearbeitung durch andere Partner und dient einem effizienten Controlling.
- Info+Beratung Ökostrommarkt: es sollen Mittler sensibilisiert werden, nicht die Konsumenten; die Frage ist, ob dies noch nötig ist – viele EVU bieten schon Ökostromprodukte an; in Anbetracht der knappen Mittel soll diese Massnahme keine Priorität haben.

Systeme

- Raumplanung -> es braucht eine umfassende Planung für Energieanlagen (Energierichtplanung); hier gibt es Gemeinsamkeiten/Synergien zwischen den verschiedenen EE; Bewilligungsverfahren: Harmonisierung der Verfahren mit Kantonen diskutieren (analog MuKE)
- Minergiemodule: hier Systemgedanken besser einbringen
- Sollen Produzenten von EE Kontakt aufnehmen mit E-Mobilität/E-Fz? Wo gibt es weitere Synergien?
- Wenn schon E-Mobilität, dann mit Ökostrom; Synergien zu nutzen versuchen.

Akteure – wer hat in den letzten 10 Jahren im Programm gefehlt?

- Vertretungen der wichtigsten Zielgruppen; z.B. institutionelle Bauherrschaften (z.B. Wohnbaugenossenschaften, Pensionskassen bzw. entsprechende Verbände etc.).
 - Gemeinden (Gemeindeverbände).
 - Umweltverbände ins Boot holen; konstruktive Diskussion möglich/Dialog wichtig, damit Support vorhanden.
 - Banken, Versicherungen ?
 - Punktuell bereits vorhanden; regelmässige Anfragen von Banken zur Beurteilung von Businessplänen; Angebot ist bekannt.
 - Interessenskonflikt EVU: sie wollen kWh verkaufen und wir wollen Effizienz; Umsatz sollte nicht mehr nur mit Menge kWh gemacht werden.
 - EVU braucht es im Boot insbesondere für Geothermieprojekte, da sehr kapitalintensiv und viele offene Fragen nur aufwändig beantwortbar sind.
-

Fazit im Plenum:

- Neupositionierung unter neuen Rahmenbedingungen als sinnvoll erachtet (QS im weitesten Sinne)
- Wer hat den Lead bei QS? Nicht die Instrumente sind zentral, sondern die Umsetzung
- Evtl. QS auch der Info+Beratung.
- Information/Beratung müssten viel mehr regionalisiert werden; sie sind anspruchsvoller geworden, da Anfrager heute besser vorinformiert sind
- In Regionen können bessere Gesamtoptimierungen betrieben werden (z.B. mit Energieplanungen als Führungsinstrument).

Konzeptkonferenz EnergieSchweiz 2011 - 2020

Protokoll Workshop 5 Öffentliche Hand

(Jud, Tagmann)

Generell zu den Zielen:

Die gewählte Strategie wird unterstützt, u.a. dass man

- mehr in den Gemeinden/Städten/Regionen macht;
- sich im Gebäudebereich auf die nationale Koordination durch gezielte Projekte (Harmonisierung, Entwicklung neuer Normen, ...) konzentriert;
- sich auf die Gemeinden konzentriert, die etwas machen wollen.

Objectifs

- Passage des objectifs quantitatifs aux objectifs qualitatifs : on craint que le programme SuisseEnergie soit plus difficile à défendre.

Réponse : Il restera des objectifs quantitatifs, là où ceux-ci ont un sens (energho, nouvelles Cités de l'énergie, photovoltaïque, rénovations, ...)

Conclusion : Il ne devrait pas y avoir de problème si le programme est analysé dans son ensemble.

Inputs zu den Massnahmen:

- Einbezug Raumplanung/Siedlungsentwicklung ist sowohl für Energiestadt als auch die Verbreitung von MINERGIE wichtig. Das ARE sollte stärker eingebunden werden (Leute von der Raumplanung).
- Erfolgsgeschichten in Gemeinden/Regionen analysieren und Multiplizierbarkeit prüfen/fördern => u.a. ERFA-Tagungen.
- 2000-Watt-Gesellschaft muss einheitlich definiert werden. Dies sollte in die Strategie einfließen.
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die 2000-Watt-Gesellschaft.
- Finanzielle Mittel bereitstellen für die Kommunikation gegenüber den Multiplikatoren.
- Der Aufbau einer Hotline muss richtig in die bestehenden Strukturen integriert werden, um hohe Kosten und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.
- Die vermehrte Ausrichtung auf qualitative Messung der Massnahmen birgt auch Risiken. Es sollten weiterhin Wirkungen in kWh ausgewiesen werden müssen. Wobei diese nicht mehr auf alle Players aufgeschlüsselt werden sollten. Trotzdem ist für die politische Diskussion wichtig,

dass Ergebnisse präsentiert werden können (vgl. Entlastungsprogramm 03; ohne die Darstellung der energie- und konjunkturpolitischen Bedeutung wäre EnergieSchweiz wohl gestrichen worden).

- Projekte müssen weiterhin nach deren Wirkung ausgewählt werden. Es braucht Projekte mit Substanz und Multiplikatorwirkung.
- Bei der Massnahme 5 (Unterstützung EVU) evtl. den Begriff "SmartGrid" aufnehmen. Gemeinden könnten hier als Plattform dienen.
- Mit der Förderung von Einzelbauteilen im Rahmen des Gebäudeprogramms, besteht die Gefahr, dass Bauschäden entstehen (Fenstersanierungen). MINERGIE will hier eingreifen und mit Aus- und Weiterbildung die Sanierungskompetenzen fördern => richtig sanieren und modernisieren (u.a. Lüfterneuerung). => Hier ist eine verstärkte Zusammenarbeit auch mit EnergieSchweiz für Gemeinden anzustreben.

Cité de l'énergie

- comment le programme pense atteindre les communes/villes qui ne sont pas encore dans le processus Cité de l'énergie.
Réponse : Les grandes et moyennes communes sont plus intéressantes du point de vue politique énergétique puisque les efforts faits envers celles-ci ont plus de portée que si les efforts se portent sur les petites communes/villes. Mais toute proposition pour atteindre les petites communes/villes est la bienvenue.
P.ex. investir les efforts au niveau des régions/district
P.ex : les cantons de FR et de LU soutiennent les petites communes/villes qui se réunissent pour réaliser des projets en commun, p.ex. l'obtention du label Cité de l'énergie.
- proposition : étudier les facteurs de succès et les obstacles pour pouvoir les extrapoler à d'autres communes/villes/régions.

La société à 2000 W

Il faudrait une définition unique de la société à 2000 W pour toute la Suisse. Cette définition doit être largement communiquée à la population, p.ex. via les Cités de l'énergie, les régions, les sociétés de distribution de l'électricité (EVU) etc. Le matériel d'information doit être cohérent. Il faudrait définir les « Trittbrett/lift » pour atteindre la société à 2000W et ce de façon concrète.

Centrale SuisseEnergie

On craint le risque de « Doppelspurigkeit » p.ex. avec les activités de MINERGIE, SuisseEnergie pour les communes etc.

Réponse : On estime que la centrale sera en mesure de répondre à environ 2/3 des questions, le 1/3 restant sera transmis au partenaires concernés.

Régions

Le terme « région autonome en énergie » n'est pas approprié. Selon les caractéristiques géographiques des régions, des échanges d'énergie entre les régions sont aussi tout à fait intéressants à promouvoir.

Entreprises

Quel est le comportement actuel des « EVU ».

Réponse : Certaines sont maintenant prêtes/motivées à collaborer avec nous.

La collaboration entre les entreprises et les communes est très importante pour faire le lien entre la recherche et le marché.

Inputs zu den Akteuren:

- NGO's sollten auch auf der Projektebene eingebunden werden.
=> Antwort BFE: Dies ist eigentlich Aufgabe der Leute die ein Projekt in Zukunft eingeben.
Auch NGO's können Projekte eingeben. In der Strategiegruppe sind die NGO's eingebunden.

Wer sollte ins Programm einbezogen werden?

- Der Einbezug der EVU's ist eine Chance.
- Mit den Banken könnte vermehrt zusammen gearbeitet werden, v.a. im Bereich der Kommunikation (PPP).
- Gross Immobiliengesellschaften sowie Baugenossenschaften sind einzubeziehen
=> Antwort BFE: Mit EPImmo ist hier ein neuer Akteur mit dabei.
- ARE, jedoch Leute von der Raumplanung.
- intégrer les NGO (WWF, ...) et les banques régionales pour intensifier la communication avec les clients finaux.

Protokoll zum Workshop 6 Mobilität

anlässlich Konzeptkonferenz ECH vom 9.3.2010

Aufgabe: Einholen von Einschätzung bzgl. der gesetzten Ziele, Massnahmen-Schwerpunkte und Akteure

25 Teiln.: gemäss Teilnehmerliste (+ Rudolf Blessing, Peter deHaan , Regula Petersen)

Eintretensdebatte / Genereller Input der Teilnehmer/innen:

Der Verbrauch von fossilen Treibstoffen und deren CO₂-Ausstoss steigen im Gegensatz zu den fossilen Brennstoffen ungebremsst. Deshalb ist dem Schwerpunkt „Mobilität“ auch bei EnergieSchweiz besonders viel Gewicht zu geben.

Bis anhin wurde in der Schweiz in diesem Bereich zu wenig gemacht. Die heutige starke PW-Fokussierung (CO₂-Absenkpfad, Energieetikette) sollte bei EnergieSchweiz in einen ganzheitlicheren Ansatz (Verkehrsvermeidung) überführt werden.

Win-Win-Partnerschaften sollten mit Transport-Unternehmen aktiv gesucht werden (Bsp. Mobitool mit SBB, Swisscom, BKW, öbu).

Die Elektro-Mobilität soll einbezogen werden. Sie muss aber unter dem Aspekt der Gesamtenergieeffizienz (Primärenergie) behandelt werden. Reine Endenergiebetrachtungen (tank to wheel) führen zu falschen Schlüssen.

Zur „Effizienten Elektromobilität“ gibt es bis anhin keine klare politische Haltung des BR (UVEK). Herrn Bucher (VSE) vermisst ein klares politisches Signal.

Die Städte (Stadtverkehr) sind an der Elektromobilität sehr interessiert, die Gesamtenergieeffizienz muss jedoch stimmen (Systemdenken).

Die vorgelagerten Prozesse müssen mitberücksichtigt werden. Primärenergiebetrachtungen sind zwingend. Es ist auch wichtig woher der Strom kommt.

Energieeffiziente Transport-/Mobilitätssysteme als selbständigen Massnahmen-Schwerpunkt aufnehmen.

Ein Aus- und Weiterbildungsangebot im Bereich Mobilität wäre dringend nötig. Zusätzlich braucht es Vorgaben bezüglich Qualität der Berater.

Das Thema Langsamverkehrs (Promotion/Kommunikation) fehlt gänzlich.

Sind die Mobilitätsbedürfnisse der zu bearbeiteten Zielgruppen bekannt (Private, Unternehmen, Gemeinde, etc.)?

Die Ziele/Massnahmen sind zu stark auf die Konsumenten ausgerichtet. Die Anbieter (Beeinflusser!) sollte aktiver eingebunden werden.

Wo sind die raumplanerischen Aspekte berücksichtigt?

Input zu den Zielen bis 2020 (Kap. 5.2)

Ziel 1: Unbestritten, jedoch schwerlich erreichbar, denn der heutige Treibstoffverbrauch müsste bis 2020 gegenüber heute um mehr als 30% reduziert werden.

Ziel 2: Dieses Ziel ist breiter zu fassen. Es sollte sich nicht nur auf effiziente, alternative Antriebe (PW) ausrichten, sondern auch effiziente Transport-/Mobilitätssysteme umfassen. Ziel 2 ist sicher eines der wichtigen Ziele.

Ziel 3: Hat „heute“ noch wesentliches Potenzial. In rund 10 Jahren dürfte die Wirkung wegen besserer Motor- und Getrieberegulung an Wirkung verlieren.

Ziel 4: Dieses Ziel ist für EnergieSchweiz alleine kaum erreichbar. Es müssten gewaltige Anstrengungen hinsichtlich Verkehrsverlagerung/-vermeidung gemacht werden.

Der Verkehrsverlagerung/-vermeidung“ sollte deshalb als separaten Schwerpunkt aufgenommen werden.

Input zu den sechs Massnahmen-Schwerpunkten (SP)

1. Promotion energieeffizienter **Fahrzeuge** und Fahrzeugkomponenten:

- Hier wurde schon viel gemacht, Gesetze (Absenkpfad, Deklaration) sind vorhanden, sollte für E-CH zum Selbstläufer werden
- Thema „Energieeffiziente Transport-/Mobilitätssysteme aufnehmen
- Gemeinden: Brauchen eine „Gesamtsicht“ zur Thema Mobilität
- Handel einbeziehen

Dieser SP erhält von den WS-Teilnehmenden eine **mittlere Priorität**. Alle Teilnehmer/innen (inkl. TCS/auto-schweiz) sprechen sich unisono gegen eine hohe Priorität aus.

2. Förderung energieeffiziente **Fahrweise**:

- Sofortige Wirkung. Noch immer grosses Multiplikationspotenzial vorhanden. Wirkung wird wegen des technischen Fortschritts jedoch künftig abnehmen.

Dieser SP erhält von den WS-Teilnehmenden eine mittlere Priorität

3. **Mobilitätsmanagement:**

- Dieser Schwerpunkt ist ein Zu-Diener und könnte als Projekt/Massnahme auch unter SP4 geführt werden

Dieser SP erhält von den WS-Teilnehmenden eine **hohe Priorität**

4. Änderung des **Mobilitätsverhaltens:**

- Möglichst alle Altersgruppen bearbeiten. Spezifische Lösungen sowohl für Alte und auch für Junge sind gefragt
- Zielgruppen Sensibilisieren/Schulen (A+W)

Der Schwerpunkt wird von den WS-Teilnehmenden unisono als der wichtigste Schwerpunkt bezeichnet und erhält die **höchste Priorität**

5. Unterstützung der **Gemeinden** bezüglich Mobilität:

- SP5 ist eine wichtige Querschnitts-Aufgabe, sollte auf SP3 und SP4 abgestimmt werden oder könnte auch direkt als Produkt unter SP4 geführt werden
- Unstrukturiertes Produkt (Mischung Akteure/Massnahmen)

Es wurde keine Priorisierung durch die WS-Teilnehmenden vorgenommen

6. **Fehlanreize** identifizieren und abbauen:

- Kontrovers diskutierter Schwerpunkt – für wenige wäre das „die“ Aufgabe von EnergieSchweiz, für andere eher eine Amtsaufgabe oder eine Aufgabe für andere UVEK-Ämter

Dieser SP erhält von den WS-Teilnehmenden eine **mittlere Priorität**

Input zum Systemgedanken

Aus- und Weiterbildung im Bereich Mobilität nötig (fehlt im Querschnittsbereich)

Die Möglichkeiten und Effizienzpotentiale der Raumplanung sind einzubeziehen.

Im Mobilitätsbereich muss die Gesamtenergieeffizienz im Auge behalten werden

Vorgelagerte Prozesse (u.a. graue Energie berücksichtigen)

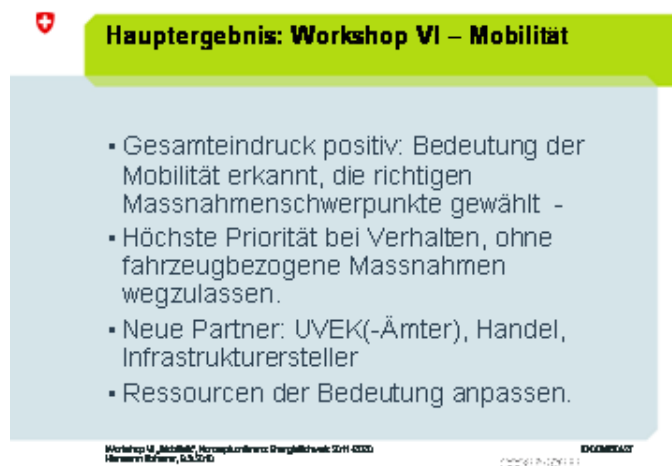
Input zum Thema Akteure/Beeinflusser

Für eine erfolgreiche Umsetzung der SP3 und SP4 braucht es den Einbezug aller relevanten UVEK-Ämter (Harmonisierung)

Infrastruktur-Ersteller und der Handel sind stärker einzubeziehen

Generationenfokus verstärkt beachten (sowohl Lösungen für Alte als auch für Junge)

Hauptergebnis (Workshopteilnehmer/innen einigen sich auf folgenden Schlusstext):



Hauptergebnis: Workshop VI – Mobilität

- Gesamteindruck positiv: Bedeutung der Mobilität erkannt, die richtigen Massnahmenschwerpunkte gewählt -
- Höchste Priorität bei Verhalten, ohne fahrzeugbezogene Massnahmen wegzulassen.
- Neue Partner: UVEK(-Ämter), Handel, Infrastrukturersteller
- Ressourcen der Bedeutung anpassen.

Workshop VI „Mobilität“, Workshopkondemno: Energieschweiz 2011 4330
Hermann Scherrer, 16.3.2010

Workshop-Schlussfolgerung stw

- 1) Konzept: positiver Gesamteindruck
- 2) Schwerpunkte: grundsätzlich die Richtigen gesetzt
- 3) Top-Priorität liegt auf der „Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens“
- 4) Das Leitziel innerhalb 10 Jahren den Treibstoffverbrauch um rund 30% zu reduzieren ist für EnergieSchweiz alleine nicht realistisch

Fazit: Der Schwerpunkt „Mobilität“ müsste auch aus Klimaschutzgründen die höchste Priorität erhalten

Fürs Protokoll

BFE/Martin Stettler / (ergänzt&rev. Hermann Scherrer am 19.3.10)

Protokoll Workshop 7 „Organisation und Partnerschaften von ECH nach 2010“

Datum:	09. März 2010
Ort:	Kursaal, Bern
Zeit	13.30Uhr
Vorsitz:	Beat Ruff (BFE)
Protokoll:	J. Vogel (BFE)
Anwesend:	Siehe Präsenzliste im Anhang
Entschuldigt:	--
Zur Kenntnis:	Teilnehmer Konzeptkonferenz

Traktanden

1. Begrüssung, Information zu Ablauf und Inhalten des Workshops
2. Verständnisfragen
3. Eintretensdebatte: Generelle Rückmeldungen
4. These 1: Vom Agenturmodell zum Projektmodell
5. These 2: Neue Partnerschaften
6. These 3: Schlüssel zur funktionalen Aufteilung der Mittel
7. Varia

		Wer?
1.	Begrüssung, Information zu Ablauf und Inhalten des Workshops Keine Bemerkungen	B. Ruff
2.	Verständnisfragen zum Detailkonzept Keine Bemerkungen	Plenum
3.	Eintretensdebatte: Generelle Rückmeldungen • Der Wunsch wird geäussert, dass in Zukunft bei der Vergabe von Projekten nicht nur von EnergieSchweiz vorgedachte Projekte eine Realisierungschance haben. Die Offenheit für Projektideen von Externen wird als wichtig erachtet, da sie Innovation fördert. • Die Frage nach der Art und Weise, wie EVUs in Zukunft das Programm EnergieSchweiz einbezogen werden, wird aufgeworfen. Das Anliegen der EVUs wird geäussert, dass sie sich in der gleichen Art wie andere Projektpartner in das Programm einbringen können. • Verschiedene Teilnehmer weisen darauf hin, dass jede Projektvergabe an einen Marktakteur einen Eingriff in den Markt bedeutet und	Plenum

	deshalb wettbewerbsrelevant ist. Dies wird grundsätzlich als problematisch bezeichnet, insbesondere dann, wenn mehrere Marktakteure identische Projekte zur selben Zeit lancieren wollen. Es wird deshalb gewünscht, dass beim Projektvergabeprozess mittels gründlicher Projektprüfung und klaren Vergabekriterien auf diese Problematik geachtet wird.	
4.	These 1: Vom Agenturmodell zum Projektmodell • Das Modell wird als sehr überzeugend bezeichnet. Es wird jedoch auf die Gefahr von grossen Reibungsverlusten in der Übergangsphase ab 2011 hingewiesen. Es sei viel Arbeit nötig, um sich rechtzeitig auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen und bereit zu sein für den Modellwechsel. In der Vergangenheit sei es beim BFE schon öfter vorgekommen, dass man nicht bereit gewesen sei in Änderungsphasen (GEAK, Fernwärmeprojekte). Eine gute Übergangsphase sei wichtig für alle Projektpartner und Agenturen. • Ein Teilnehmer verweist darauf, dass durch den Modellwechsel bestehende Strukturen angesägt werden, was sich in 3 – 4 Jahren in einem substantiellen Verlust von Synergien rächen könnte. • Den Projektausschreibungen und neuen Partnerschaften wird ein Potenzial für neue Dynamik zugeschrieben. • Die Flexibilität für die Programmleitung wird von vielen Teilnehmern als höher eingestuft im neuen Modell, weil sie rascher reagieren kann und nicht mehr an Langfristverträge gebunden ist. Die Ausschreibungen können besser den Projekteigenschaften und –voraussetzungen angepasst werden. • Die höhere Flexibilität bringt den Nachteil einer geringeren Kontinuität, was zu häufig wechselnden Ansprechpartnern bei den „Mittlern“ zwischen dem Programm und dem Endkunden führen wird. Dies ist gemäss einem Teilnehmer eine Knacknuss im neuen Modell. Dem wird entgegnet, dass sich Kontinuität und Wechsel nicht ausschliessen: Kontinuität könne auch über das Produkt und nicht über die Person entstehen. Im Weiteren wird erwähnt, dass auch in Zukunft über entsprechende Projektgrösse und Vertragslänge eine Kontinuität sichergestellt werden kann. • Die verbesserte Möglichkeit des Reagierens auf Marktveränderungen wird einen grossen Mehraufwand für das Programm führen und zu einer grossen Herausforderung des neuen Modells werden. • Es wird darauf hingewiesen, dass die Ausrichtung der Leistungen auf die Programmschwerpunkte auch schon bisher möglich war und deshalb kein Vorteil des Projektmodells sei. • Einige Teilnehmer weisen auf die grosse Bedeutung der Art der Ausschreibungen und der Projektvergabe hin. Der Mehrwert des Projektmodells hänge wesentlich von diesem Faktor ab. Es wird gewünscht, dass mittels entsprechenden Ausschreibungen und Pro-	Plenum

	jektvergaben bestehende Strukturen und Know-how erhalten bleiben können. • Die Idee der Ausstiegspfade und die Abstossung marktreifer Projekte werden grundsätzlich als richtig eingestuft. Jedoch wird darauf verwiesen, dass dies wohl nur die wenigsten Projekte innerhalb der neuen Programmlaufzeit betreffen werde. • Es wird darauf hingewiesen, dass die Effizienz des Mitteleinsatzes u.a. von der Projektgrösse abhängt. Daher könnte es sinnvoll sein, eine Untergrenze bezüglich der Projektgrösse zu definieren, um die Effizienz zu gewährleisten. • Ein Teilnehmer schlägt einen gestaffelten Projekteingabeprozess vor, um der Frustration bei den Leistungserbringern entgegen zu wirken. Z.B. wäre eine erste 2-seitige Projekteingabe zur Vorselektion sinnvoll, um nicht 20 ausgearbeitete Projekte ablehnen zu müssen. Der Wunsch nach einer Informationsplattform zu allen laufenden und in Vorbereitung stehenden Projekten wird geäussert. Transparenz in diesem Bereich würde den Leistungserbringern Klarheit schaffen, wo welche Akteure bereits Projekte aufgleisen und wo Synergiepotentiale bestehen.	
5.	These 2: Neue Partnerschaften • Der Ansatz wird als spannend gewürdigt. Ein Teilnehmer stellt jedoch die Frage in den Raum, ob der Markt tatsächlich eine grosse Anzahl neuer potentieller Partner und Leistungserbringer hergibt. • Es wird darauf verwiesen, dass neue Partnerschaften nicht an und für sich einen Mehrwert bringen und Selbstzweck sind. Das Ziel muss die Suche nach dem besten Partner sein, unabhängig davon, ob er bestehend oder neu ist. In Abstimmung mit Zielen und Inhalten eines Projektes können neue Partnerschaften einen Mehrwert für das Programm darstellen. Neue Partnerschaften generieren also nicht nur mehr Wettbewerb, sondern bringen auch neue Stärken ins Programm. • Neue Partnerschaften bringen gemäss einem Teilnehmer insbesondere dann einen Mehrwert, wenn der Partner einen direkten Zugang zu den Endkunden hat. Solche Partner seien bisher noch kaum im Programm enthalten. Die EVUs, Immobiliengesellschaften und Konsumentenorganisationen würden beispielsweise diesen Mehrwert ins Programm einbringen. • Bisherige Partner äussern sich dahingehend, dass neue Partnerschaften für sie inspirierend und wichtig seien und sich dadurch neue Chancen für Kooperationen bieten würden. Es wird vorgeschlagen, dass bei den einzelnen Programmzielen und –schwerpunkten gezielt nachgedacht wird, ob wichtige Partner noch nicht an Bord sind. Hier sei möglicherweise die direkte Kontaktaufnahme seitens der Programmleitung sinnvoll.	Plenum

	• PPP-Projekte werden als eine spannende neue Richtung angesehen und im Bereich der Kommunikation als gut umsetzbar bezeichnet. Herausforderungen können exklusive Zusammenarbeiten mit einzelnen Marktteilnehmern darstellen (Stichwort Wettbewerbsbeeinflussung). Obwohl in der Schweiz noch wenig Erfahrung damit vorhanden, sei es ein Versuch wert. • Die Finanzierungsverhandlungen werden als Knacknuss bei PPP-Projekten bezeichnet, weil Geld aus verschiedenen Töpfen an verschiedene Auftragnehmer fließt.	
6.	These 3: Schlüssel zur funktionalen Aufteilung der Mittel • Die Aufteilung der Mittel darf gemäss einem Teilnehmer kein Kriterium sein für die Auswahl von Projekten. Es wird sich erst im Nachhinein weisen, ob ein wesentlicher Anteil der Mittel in Projekte mit neuen Partnern investiert werden kann. • Es wird als prioritär angesehen, dass keine Brüche bei den angebotenen Dienstleistungen entstehen (kein Stop-and-go). Die Qualität müsse im Vordergrund stehen. • Die Zentralisierung der Kommunikation ist unter den Teilnehmern umstritten. Einige sind der Ansicht, dass die notwendige Nähe zum Endkunden gegen eine Zentralisierung spricht. Je nach Kampagne und Inhalt kann jedoch eine zentrale Koordination der Kommunikationsaktivitäten von Programmpartnern sinnvoll sein. • Es wird darauf hingewiesen, dass ein Zielkonflikt besteht zwischen Ausstiegspfaden einerseits und einer zentralisierten Kommunikation andererseits: Wenn ein Projekt langfristig auf eigenen Beinen stehen soll, muss es unter dem Namen des Partners von Beginn weg kommuniziert werden können. • Es wird vorgeschlagen, dass Richtlinien für die Kommunikation von Projekten zentral festgelegt werden, die dezentrale Kommunikation jedoch weiterhin möglich sein soll (z.B. Kommunikation des Partners unter dem Namen von EnergieSchweiz und dem Partner). • Für PPP-Projekte wird eine Zentralisierung der Kommunikation als nicht sinnvoll bezeichnet. • Das Ziel, die Marke „EnergieSchweiz“ bekannter zu machen, ist umstritten. Die Notwendigkeit einer höheren Bekanntheit von ECH beim Endkunden wird als nicht gegeben bezeichnet. • Das Angebot an neutraler Information soll in Abhängigkeit der Zuständigkeit bei Bund, Kantonen oder Gemeinden belassen werden. So sollen gemäss einem Teilnehmer auch in Zukunft die Kantone im Gebäudebereich neutral informieren und nicht EnergieSchweiz.	Plenum
7.	Varia • Das BFE dankt allen Teilnehmern für die konstruktive und aktive Teilnahme!	B. Ruff